

Die Politik des Wissens. Allgemeine Enzyklopädien im ‚Dritten Reich‘, in der Schweiz und in der SBZ/DDR

Zusammenfassung der Dissertation von Ines Prodöhl, M. A.

Prädikat: summa cum laude

Universität Heidelberg
Historisches Seminar

Erstgutachter:	Prof. Dr. Madeleine Herren-Oesch
Zweitgutachter:	Prof. Dr. Jost Dülffer (Universität zu Köln)
Tag der mündlichen Prüfung:	19.2.2008
Prädikat:	summa cum laude

Allgemeine Enzyklopädien sind ein Medium, in dem ein als allgemein gültig definierter Wissenskanon festgehalten wird. Zugleich vermitteln die Werke den Eindruck, dass ihre Aussagen glaubwürdig seien. Da Wissen ein Gut ist, das in diesem Fall allerdings von einem bestimmten Personenkreis für speicherungswürdig oder für überflüssig erklärt wird, stellt das angebliche Allgemeinwissen ein tückisches gesellschaftliches Konstrukt dar. Gesellschaften nutzen Enzyklopädien, um sich ihrer selbst zu vergewissern und um unter dem Deckmantel des Allgemeinwissens das ‚Eigene‘ in Abgrenzung vom ‚Anderen‘ zu betonen. Doch wer trifft die Entscheidung, welches Wissen in ein Lexikon aufgenommen oder aus diesem eliminiert werden soll? Wie verläuft der Prozess zur Aushandlung des festzuhaltenden Wissens und welche Aufgabe oder Funktion hat dieses Wissen?

Die Dissertation zur „Politik des Wissens“ geht diesen Fragen nach, indem sie die Entstehung allgemeiner Enzyklopädien im ‚Dritten Reich‘, in der Schweiz und in der SBZ/DDR thematisiert und insbesondere die Akteure, die sich hinter der Zusammenstellung des zumeist anonymisierten Wissens verbargen, herausarbeitet. Die Arbeit legt ihren Schwerpunkt auf die Begleitumstände, unter denen die Enzyklopädien jeweils entstanden, so dass ein Fokus auf den behördlichen Überwachungsmaßnahmen und auf den jeweiligen kulturpolitischen Interessen bei der Herausgabe allgemeiner Lexika liegt. Es werden jedoch nicht nur Herrschaftsinstrumente untersucht, vielmehr wird auch nach der wirtschaftlichen Stellung der Verlage sowie nach dem zivilgesellschaftlichen Kreis aus Wissenschaftlern und Experten gefragt, die an der Erstellung der Werke mitgearbeitet haben. Insgesamt wird mit einem in den Geschichtswissenschaften unterdessen etablierten weiten Politikbegriff gearbeitet, der es erlaubt, neben staatlichen auch zivilgesellschaftliche und unternehmerische Ak-

teure in den Blick zu nehmen und unter einer gemeinsamen Fragestellung zu fassen.

Die Arbeit orientiert sich entlang der großen, in Leipzig ansässigen Enzyklopädieverlage F. A. Brockhaus und Bibliographisches Institut. Thematisiert wird im wesentlichen der Zeitraum zwischen dem Ende der 1920er Jahre, als die ersten Bände des „Große Brockhaus“ erschienen, und dem Beginn der 1950er Jahre, als die beiden Verlage in der SBZ/DDR enteignet wurden. Von diesem zeitlichen und räumlichen Rahmen wird an zwei, für das Verständnis der Funktion von Enzyklopädien entscheidenden Punkten, abgewichen. Zum einen werden die deutsch-schweizerischen Verflechtungen beim Buch- und Verlagswesen und damit bei der Produktion von allgemeinen Lexika zu Kriegsende aufgezeigt. Zum anderen wird der Fokus auf die Buch- und Verlagspolitik der SBZ/DDR ausgeweitet. In beiden Fällen werden Ähnlichkeiten und Unterschiede herausgearbeitet, die sich auf die den Enzyklopädiën zugeschriebene Rolle, Identität zu stiften und bestimmte Sichtweisen auf die Gesellschaft durchzusetzen, beziehen.

Das erste Kapitel thematisiert entlang der Werke des F. A. Brockhaus Verlages und des Bibliographischen Instituts die Bedeutung der Konversations-Lexika für die Herausbildung einer zunehmend national konnotierten Identität im 19. Jahrhundert. Enzyklopädiën waren Ausdruck einer gemeinschaftlichen Selbstdarstellung und boten die Möglichkeit, die kulturellen Codes der Gesellschaft auszuloten. Dabei verlief der Prozess zur Aushandlung von Wissens äußerst dynamisch, die Positionen zu den Themen der Zeit konnten sich von Auflage zu Auflage rasch verändern. Es handelte sich hier um eine politisierte und von bürgerlich-liberalen Wertvorstellungen geprägte Wissensvermittlung.

Das zweite Kapitel wendet sich der Funktion von allgemeinen Enzyklopädiën im ‚Dritten Reich‘ zu, wo sie zwar in erster Linie ideologischen Anforderungen gerecht werden mussten, dabei allerdings nicht in ihrer Gesamtheit zensiert wurden. Die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums (PPK) als zuständige Zensurbehörde legte lediglich Wert auf die parteipolitischen Stichworte. Der weitaus größte Teil der Artikel, die zwischen 1933 und 1945 Eingang in allgemeine Lexika fanden, wurde von einem zwischen Zensur, Selbstzensur und Überwachung stehenden Redaktorenstab erarbeitet. Vereinzelt belegen Stichworte, dass der Redaktorenstab des F. A. Brockhaus Verlages es in dieser Zeit geschafft hatte, sich der Gängelei der Zensurbehörde und den parteiamtlichen Überwachungsmechanismen zu entziehen. Im Gegensatz dazu passte sich die Firmenleitung des Bibliographischen Instituts den nationalsozialistischen Vorgaben im Bereich der Wirtschafts- und Kulturpolitik ohne ersichtliche Vorbehalte an. Das Unternehmen begrüßte die Politik des ‚Dritten Reiches‘ und schlug für die 8. Auflage von „Meyers Lexikon“ einen eindeutig nationalsozialistischen Kurs ein.

Während des Zweiten Weltkriegs zielten beide Verlage darauf ab, ihre Unternehmen vor der Stilllegung zu bewahren und die Geschäfte zu sichern. Dabei verfolgten sie zwei unterschiedliche Konzepte: Das Bibliographische Institut sicherte sich bei Kriegsbeginn umfassende Aufträge der Wehrmacht und sorgte rechtzeitig für Ausweichbetriebe. Auf diese Weise konnten kleinere enzyklopädische Werke in Direktlieferungen an die Front gehen; daneben konzentrierte sich das Unternehmen auf die Herstellung von kriegswichtigem Kartenmaterial, für die es die personelle wie technische Expertise besaß. Der F. A. Brockhaus Verlag wiederum verlagerte sich frühzeitig auf die Produktion enzyklopädischer Werke, die mit Blick auf die Nachkriegszeit für die Siegermächte von Interesse sein könnten.

Die im dritten Kapitel thematisierten, miteinander konkurrierenden Bemühungen in der Schweiz und in Deutschland zur Herausgabe eines allgemeinen deutschsprachigen Lexikons am Ende des Zweiten Weltkrieges zeigen, dass Enzyklopädien ein wichtiger Platz innerhalb einer ans Ausland gerichteten Kulturpolitik zugesprochen wurde. Enzyklopädien waren relevant für die Ausübung einer ‚weichen Macht‘, an der sowohl zivilgesellschaftliche als auch staatliche Akteure beteiligt waren. Die Planungen zur Herausgabe des „Schweizer Lexikons“ sind nur auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Sonderstellung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg denkbar, denn der sich für Deutschland zunehmend verschlechternde Kriegsverlauf löste einen Aufschwung in der schweizerischen Buchbranche aus. Dieser Aufschwung resultierte aus der Sorge um ausreichend Lehrmittel für Schulen und Universitäten während des Krieges, aus der Hoffnung, mit der Zerstörung des Leipziger Buchhandelszentrums dessen Platz einnehmen zu können, und aus dem Bedürfnis, sich als einzig verbliebene Demokratie Europas ein internationales Ansehen als ‚Missionsnation‘ zulegen zu können. Vor diesem Hintergrund sind die Planungen zur Herausgabe eines allgemeinen deutschsprachigen Lexikons zu lesen, dessen erster Band pünktlich zum Kriegsende im Herbst 1945 erschien.

Auf der deutschen Seite ist der Aufwand bemerkenswert, mit dem zeitlich zu den schweizerischen Plänen die Herausgabe eines Lexikons vorangetrieben wurde. Dabei war das Projekt zunächst nicht als Gegenreaktion auf die schweizerischen Pläne angelegt, es wurde allerdings mit deren Bekanntwerden wesentlich stärker verfolgt. Trotz des ‚totalen Krieges‘ mit seinen Folgen von Papierknappheit, zerstörten Verlagszentren und Arbeitskräftemangel verstärkten die nationalsozialistischen Eliten bis zum März 1945 die Bemühungen, eine deutschsprachige allgemeine Enzyklopädie herauszugeben. In der Polykratie des ‚Dritten Reiches‘ erstaunt das seltene Einvernehmen zwischen den verschiedenen, Schriftumsfragen bearbeitenden und miteinander konkurrierenden Reichs- und Parteibehörden über die auswärtige Funktion der Enzyklopädie; diesem Projekt wurde von Seiten aller Beteiligten explizit eine internationale kulturpolitische Rolle zugeschrieben.

Das vierte Kapitel zeichnet den Weg der Verlage F. A. Brockhaus und Bibliographisches Institut in der Nachkriegszeit und insbesondere die Umstände ihrer Enteignung nach. Das Bibliographische Institut wurde im Rahmen des sächsischen Volksentscheids von 1946 enteignet – allerdings nicht, wie die Propaganda glaubhaft machen wollte, um das Unternehmen zu entnazifizieren, sondern, weil es als Aktiengesellschaft firmierte und eine mögliche Abwanderung in die westlichen Besatzungszonen verhindert werden sollte. Demgegenüber konnte der in Leipzig verbliebene Geschäftsteil des F. A. Brockhaus Verlages noch bis zum Beginn der 1950er Jahre als privates Unternehmen firmieren. Das erste allgemeine Lexikon, das in der DDR erscheinen sollte und bereits umfassend zensiert worden war, bildete den Anlass, um sowohl den Traditionsverlag in Leipzig zu enteignen, als auch um die zuständige Zensurbehörde, den Kulturellen Beirat, umzustrukturieren.

Damit hatte die DDR die Chance vertan, sich auf dem Gebiet von BRD und DDR enzyklopädisch zu positionieren und unter dem Namen eines international renommierten Verlages als erstes ein ‚allgemeines‘ Lexikon herauszugeben. Da dies nicht gelungen war, die ostdeutschen Behörden aber dennoch Wert auf eine enzyklopädische Wissensvermittlung im Rahmen der neuen Ideologie legten, kam Anfang der 1950er Jahre der Plan auf, die „Bol’shaja Sovetskaja Enciklopedija“ zu übersetzen. Daraufhin erfolgte die Herausgabe kleiner Hefte, die einen oder mehrere Artikel aus der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“ auf Deutsch enthielten. Die Herausgabe dieser Hefte ist Ausdruck einer ostdeutschen Selbst-Sowjetisierung, denn über die Enzyklopädie sollte, ausgelöst durch die DDR-Behörden, ein Kulturtransfer von der Sowjetunion in die ostdeutsche Gesellschaft forciert werden. Allerdings war diese Inszenierung nur von mäßigem Erfolg gekrönt und das nicht nur, weil die ostdeutsche Bevölkerung Desinteresse an den Heften zeigte. Auf Grund der politischen Veränderungen nach 1953, die das wenige Jahre zuvor als zu wissend Festgeschriebene nun als veraltet und falsch erscheinen ließ, unterband die sowjetische Seite 1956 die Fortführung der Übersetzungen.

Insgesamt zeigt die Arbeit, an welchen Schnittpunkten die Produktion von allgemeinen Enzyklopädien sowohl in Politischen Religionen als auch in Demokratien angesiedelt ist. Zentral für die Herausgabe aller thematisierten Werke waren neben wirtschaftlichen Interessen seitens der Verlage immer auch kulturpolitische Zielsetzungen. Diese Zielsetzungen waren im ‚Dritten Reich‘ und in der SBZ/DDR von ideologischen Maßgaben und Eingriffen durch eine Zensur gekennzeichnet. Bei der Umsetzung hatten zivilgesellschaftliche Akteure sowie die Unternehmen selbst im ‚Dritten Reich‘ jedoch wesentlich größere Freiräume als später in der SBZ/DDR. Im ‚Dritten Reich‘ war die staatliche und parteiliche Kontrolle für diese Art von Publikationen keineswegs so groß wie bislang angenommen. In der Schweiz fehlte die behördlich verordnete Ausrichtung enzyklopädischer Wissensvermittlung, allerdings stand das

Projekt auch hier nicht losgelöst von aktuellen kulturpolitischen Bedürfnissen. Doch auch wenn staatliche Akteure ein großes Interesse an der Verwirklichung des Projektes signalisierten, so lag die Umsetzung doch ausschließlich in Händen der Zivilgesellschaft.

Die Art und Weise der Umsetzung und der erzielte Erfolg der Identität stiftenden und Konsens bildenden Funktion von Enzyklopädien sind in totalitären Religionen und in Demokratien verschieden. Dennoch lassen sich zwischen den drei Staaten sowohl wirtschaftliche als auch kulturpolitische Verflechtungen hinsichtlich der beteiligten Akteure und der den Werken zugeschriebenen Funktionen feststellen. So sind zwei zentrale Erkenntnisse der Arbeit, dass die in Hypertexten versteckte Art der Wissensvermittlung sich im ‚Dritten Reich‘, in der Schweiz und in der SBZ/DDR als attraktiv für eine kulturpolitisch motivierte Beeinflussung und Instrumentalisierung von Wissen erwies; zudem mussten Enzyklopädien nicht nur innenpolitische Interessen sondern auch Ambitionen außerhalb des eigenen Nationalstaates berücksichtigen.